

Die Linke Sachsen

2. Tagung des 17. Landesparteitages

13. April 2024

A. Leitanträge

A.1. Landtagswahlprogramm der Linken Sachsen zur Landtagswahl 2024

ÄA.1.155. Änderungsantrag: Schule konsequent schüler*innenorientiert

Einreicher*innen: Linksjugend Sachsen

Der Landesparteitag der Linken Sachsen möge beschließen:

Ergänze in Zeile 2460 nach "orientieren.":

*Das bedeutet vor allem auch die Schüler*innen an der Erarbeitung der Lehrinhalte stärker zu beteiligen und diese Beteiligung auch institutionell zu verankern.“ Und in Zeile 2567 nach „benötigen.“ „Schulische Bildung findet für die Schüler*innen statt. Deswegen müssen sie auch deutlich mehr Mitsprache innerhalb der Schule und der sächsischen Bildungspolitik bekommen. Wir fordern eine Schüler*innenmehrheit in der Schulkonferenz und mehr Kompetenzen dieser, sowie der Schüler*innenräte gegenüber anderen Gremien der Schule. Wir setzen uns auch für eine basisdemokratischere Schüler*innenvertretung ein, die nicht starr hierarchisch bis auf Landesebene zuläuft.*

Begründung:

Das Hauptziel von Schule ist es Schüler*innen etwas beizubringen – Kompetenzen zu vermitteln. Das geht am besten, wenn die Schüler*innen in der Entscheidung, was sie lernen, einbezogen sind. Ansonsten besteht deutlich weniger Motivation sich selbst mit dem Stoff zu beschäftigen. Auch die Schulpolitik generell kann nur davon profitieren auch hier Schüler*innen mit ihrer ganz eigenen Perspektive der Lernenden mit einzubeziehen. Auch von den organisatorischen Entscheidungen in einer Schule sind hauptsächlich die Schüler*innen betroffen. Sie sind die größte Gruppe an der Schule. Das spiegelt sich jedoch keineswegs in den Gremien der Schule wieder. Wie auch in den Hochschulen sollten wir hier mehr Mitsprache der Schüler*innen fordern. Als basisdemokratische Partei kann es uns außerdem nicht gefallen, dass Schüler*innen immer erst für eine Ebene gewählt sein müssen, um sich dann in der nächsten zu engagieren. Diese Hierarchien gehören abgeschafft, damit alle Schüler*innen sich auf allen Ebenen einbringen können.

Entscheidung des Landesparteitages: